

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/131

13. Juli 1976

Endlich ein Fortschritt für Europa

Zur Direktwahl des Europäischen Parlaments 1978

Von Ludwig Fellermaier MdB

Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Seite 1 / 37 Zeilen

Zum Wohle des Kindes

Über das neue Adoptionsrecht

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Bundesjustizminister und Mitglied des Präsidiums der SPD

Seite 2 und 3 / 71 Zeilen

Mit der UNO gegen den Terrorismus

Schwierigkeiten eines weltweiten Abkommens dürfen nicht entmutigen

Von Hellmut Sieglerschmidt MdB

Mitglied des Innenausschusses des Bundestages und stellv. Vorsitzender des Rechtsausschusses der Parlamentarischen Versammlung des Europarats

Seite 4 und 5 / 90 Zeilen

Dr. Kohl startet ein "Volkefront"-Gezeter

Ein letzter Versuch, um den "Freiheit"-Slogan zu retten

Seite 6 / 43 Zeilen

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die CSU-Gehheimakte Dr. Franz Heubl IV

Seite 7 bis 9 / 156 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heuseallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressesaal 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 08 86 846 - 48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

## Endlich ein Fortschritt für Europa

---

Zur Direktwahl des Europäischen Parlaments 1978

Von Ludwig Fellermaier MdB

Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Der endgültige Beschluß der Staats- und Regierungschefs, 1978 die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament abzuhalten, stellt ohne Zweifel einen der Meilensteine im europäischen Einigungsprozeß dar. Die europäischen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament begrüßen diese unter langen Geburtswehen nun endlich zustandegekommene Entscheidung. So wird jetzt ein Projekt, das für die demokratische Legitimation der EG von grundsätzlicher Bedeutung ist, in seine Realisierungsphase eintreten. Die Entscheidung von Brüssel stellt für die sozialdemokratischen und die sozialistischen Parteien in der EG gleichsam den Start für den Wahlkampf 1978 dar.

So positiv auch der Beschluß von Brüssel ist, so muß doch etwas Wasser in den Wein gegossen werden. Die nicht eindeutige Feststellung der Kriterien, nach denen die Sitzverteilung im neu zu wählenden Europäischen Parlament erfolgt, wird im Falle einer künftigen Erweiterung der EG noch zu erheblichen Problemen führen. Desgleichen muß davor gewarnt werden, daß durch den Beschluß zur Direktwahl das Europäische Parlament bereits im wahren Sinne des Wortes zum demokratischen Kontrollorgan der EG würde. Ohne eine grundsätzliche Erweiterung seiner Befugnisse kann das Europäische Parlament die darin gesetzten Hoffnungen, Erwartungen, und auch Verpflichtungen nicht erfüllen. Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs bleibt aufgefordert, diese Kompetenzerweiterung bald möglichst zu beschließen. Gerade in einem Zeitpunkt, in dem viel über die Krise der EG gesprochen wird, kann der Direktwahlbeschluß einen dringend erforderlichen Anstoß für neue gemeinschaftliche Initiativen bieten. Eine Vielzahl wichtiger, programmatrischer und organisatorischer Probleme muß vorher in Angriff genommen werden. Genannt sei hier nur die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Aufbau einer gerechteren sozialen und regionalen Politik und die Verwirklichung eines neuen internationalen Währungssystems.

Die Erklärung von Willy Brandt, daß er bei den ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament kandidieren würde, stellt den richtigen Maßstab für das Interesse der Sozialdemokraten dar, das sie Europa beimessen. In enger Zusammenarbeit mit den anderen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien in der EG sollte es uns gelingen, wie bereits im jetzigen Parlament die führende Kraft zu werden und die Gemeinschaft im Sinne einer sozial und demokratisch verpflichteten Einheit weiter auszubauen.

(-/13.7.1976/mie/e/pr)

+ + +

Zum Wohle des Kindes  
-----

Über das neue Adoptionsrecht

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Bundesjustizminister und Mitglied des Präsidiums der SPD

Das Gesetz über die Annahme als Kind ist im Bundesgesetzblatt verkündet worden. Mit dem am 1. Januar 1977 in Kraft tretenden Gesetz, das durch das Adoptionsvermittlungsgesetz ergänzt wird, wird ein weiteres wichtiges Vorhaben auf dem Gebiet des Familienrechts zum Abschluß gebracht.

Wurden 1973 in der "kleinen Adoptionsnovelle" zwei besonders dringliche Fragen, nämlich die Herabsetzung des Mindestalters der Adoptiveltern auf 25 Jahre und die Ersetzung der Einwilligung leiblicher Eltern in die Adoption ihres Kindes vorab gelöst, so ist nunmehr das Adoptionsrecht insgesamt auf eine neue Grundlage gestellt und entsprechend dem Sinn, den Adoptionen heute haben, reformiert worden.

In der Praxis der Adoption steht zahlenmäßig und vor allem wegen der sozialpolitischen Bedeutung die Annahme minderjähriger Kinder im Vordergrund, und zwar besonders die Annahme von Kindern aus gestörten Lebensverhältnissen. Während Adoptionsrecht und Adoptionswirklichkeit früher davon geprägt waren, daß Eltern ohne Kinder eine Adoption ermöglicht werden sollte, ist es heute in erster Linie die Funktion der Adoption, Kindern ohne Eltern ein harmonisches Zuhause zu geben, ihnen das Aufwachsen in einer intakten Familie zu ermöglichen. Das ist einmal ein Gebot der Menschlichkeit und entspricht der sozialen Verpflichtung gegenüber jungen Menschen.

Dahinter stehen zum anderen aber auch sehr nüchterne Fakten: Es ist bekannt, daß manche Erscheinungen der Jugendkriminalität und des Drogenmißbrauchs ihren Grund in gestörten Familienverhältnissen haben, und es ist erwiesen, daß hierin entscheidende Ursachen für den späteren gestörten Lebensweg liegen. Wenn wir Kinder vor solchen gestörten

Familienverhältnissen bewahren, helfen wir nicht nur den Kindern selbst, sondern auch der Gemeinschaft.

Kernstück der Reform ist die sogenannte Volladoption. Im Interesse des Kindes und im Interesse der Adoptiveltern wird der Minderjährige mit dem vollen Status eines leiblichen Kindes in die neue Familie aufgenommen. Die Adoption begründet Verwandtschaft nicht nur - wie früher - zu den Annehmenden, sondern auch zu dessen Eltern, Geschwistern, Kindern und Ehegatten; sie begründet Unterhaltsrechte und Unterhaltspflichten sowie die Erbberechtigung des Kindes. Damit diese Integration in die neue Familie uneingeschränkt erfolgen kann, erlöschen das durch Geburt begründete Verwandtschaftsverhältnis und die sich daraus ergebenden Rechte und Pflichten. Um diesen Unterschied zwischen dem neuen und dem alten Recht schon in der Gesetzessprache sinnfällig zu machen, heißt es künftig nicht mehr "Annahme an Kindes Statt" sondern "Annahme als Kind".

Grundvoraussetzung für die Annahme als Kind ist allein das Kindeswohl. Die Annahme als Kind ist deshalb nur zulässig, wenn sie dem Wohle des Kindes dient und zu erwarten ist, daß zwischen den Annehmenden und dem Kind ein Eltern-Kind-Verhältnis entsteht. Die ausschließlich auf das Wohl des Kindes abgestellte Adoption hat den Gesetzgeber auch veranlaßt, vom bisherigen Vertragsystem abzugehen und künftig das sogenannte "Dekretsystem" vorzuschreiben. Die Adoption kommt durch Staatsakt - allein also durch Ausspruch des Gerichts - zustande. Die Annahme als Kind begründet ein Familienband, das der Disposition der Beteiligten entzogen ist: Die völlige Einfügung des Kindes in die neue Familie verlangt die grundsätzliche Unaufhebbarkeit des Annahmeverhältnisses. Wie ein leibliches Kind nicht aus seiner Familie verstoßen werden kann, so soll auch das angenommene Kind grundsätzlich unaufheblich mit seiner neuen Familie verbunden sein. Die Vollwertigkeit des durch Annahme begründeten Familienbandes würde beeinträchtigt sein, wenn das Band leicht zu lösen wäre; alle Beteiligten sollen das Bewußtsein haben, daß das neue Familienverhältnis auf Dauer begründet wird.

Das Gesetz läßt nach wie vor die Annahme Volljähriger zu. Die Praxis hat nämlich gezeigt, daß in etwa 20 Prozent aller Annahmefälle die angenommenen Personen volljährig waren, und dies, obwohl die Annahme Volljähriger seit dem Familienrechtsänderungsgesetz nur noch zulässig war, wenn die Herstellung eines Annahmeverhältnisses sittlich gerechtfertigt erscheint. Dieser Umstand zeigt, daß ein Bedürfnis für die Möglichkeit, auch Erwachsene annehmen zu können, nach wie vor besteht. Um möglichst allen Lebenslagen gerecht werden zu können, läßt das Gesetz auch die Annahme eines Volljährigen mit den Wirkungen der Volladoption zu.

Die Einstimmigkeit bei der Verabschiedung des Gesetzwerkes im Parlament und die breite Zustimmung in der Bevölkerung markieren nach dem Ende der Beratung des Ersten Gesetzes zur Reform des Ehe- und Familienrechts einen neuen Erfolg sozialdemokratischer Familienpolitik.  
(-/13.7.1976/mie/e/pr)

+ + +

Mit der UNO gegen den Terrorismus

Schwierigkeiten eines weltweiten Abkommens dürfen nicht entmutigen

Von Hellmut Siegler-Schmidt MdB

Mitglied des Innenausschusses des Bundestages und stellv. Vorsitzender  
des Rechtsausschusses der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Wird die Vollversammlung der Vereinten Nationen im Herbst eine Konvention über die internationale Bekämpfung des Terrorismus beschließen, die, wenn es überhaupt dazu kommt, mehr ist als ein Stück Papier? Die Skepsis ist verständlich, mit der die Ankündigung der Initiative der Bundesregierung aufgenommen wurde. Die Geschichte der Bemühungen, zu einer solchen Konvention zu gelangen, gibt den Skeptikern recht, und die Bundesregierung ist sich dessen offenbar bewußt. Gleichwohl erscheint ihr Vorstoß sinnvoll. Denn einmal sind internationale Abmachungen für eine möglichst weitgehende Verhinderung solcher Terrorakte unerlässlich, und zum anderen kann nur so der Gefahr begegnet werden, daß der israelische Husarenritt von Entebbe Schule macht.

Bei aller Genugtuung über das gelungene Kommando-Unternehmen der Israelis, das zur Befreiung von über hundert Geiseln führte, darf nämlich dessen Problematik nicht übersehen werden. Diese Aktion läßt sich nur aufgrund der Tatsache rechtfertigen, daß sich hier ein Staat allem Anschein nach in einem davor noch unbekanntem Ausmaß zum Komplizen der Terroristen gemacht hat. Die Versuchung, in zukünftigen Fällen der Geiselnahme den Gordischen Knoten in ähnlicher Weise mit dem Schwert zu durchhauen, auch wenn es keinen völkerrechtlichen Notstand dieser Art gibt, ist angesichts des Erfolges der Israelis groß. Die Möglichkeit kriegerischer Verwicklungen als Folge solcher "Polizeiaktionen" liegt jedoch auf der Hand.

Es müssen also Mittel und Wege gesucht und gefunden werden, die Staaten wie Uganda oder Libyen zwingen, ihre Haltung gegenüber dem internationalen Terrorismus zu revidieren. An Versuchen in dieser Richtung und auch an internationalen Abkommen hat es in der Vergangenheit nicht gefehlt. Letztere blieben jedoch weitgehend wirkungslos, weil sie keine Sanktionsmöglichkeiten gegen Staaten enthielten, die nicht bereit sind, die Terroristen zu bestrafen oder sie an einen der betroffenen Staaten auszuliefern. Außerdem beziehen sich die bisher abgeschlossenen Abkommen von Montreal und Tokio der Internationalen Organisation der Zivilluftfahrt (ICAO) naturgemäß nur auf Fälle der Luftpiraterie. Bekanntlich beschränken sich aber die Aktionen der Terroristen nicht nur auf Flugzeugentführungen. Deshalb muß ein Abkommen zur Bekämpfung des Terrorismus auch andere Formen der Begehung solcher Straftaten einschließen.

Was die vorzusehenden Sanktionen betrifft, so wäre in erster Linie an eine Sperrung des Luftverkehrs mit derartigen Staaten zu denken, die so lange zu dauern hätte, bis eine angemessene Bestrafung der Terroristen sichergestellt ist. Falls diese schon freigelassen worden sind, müßte sich der betreffende Staat mindestens verbindlich verpflichten, in zukünftigen Fällen dafür zu sorgen, daß die Terroristen sich einer Bestrafung nicht entziehen können. Eine Regelung dieser Art wäre nicht nur für Akte der Luftpiraterie von Bedeutung. Auch andere Geiselnahmen enden meistens, wie etwa die Aktion gegen das OPEC-Büro in Wien zeigt, damit, daß die Geiselnahmer mit dem Flugzeug ausgeflogen werden wollen.

Gegen die Vereinbarung von Sanktionen auf diesem Gebiet wird nun häufig eingewandt, sie würden nur wirksam sein, sofern mindestens alle maßgebenden

Staaten sich daran beteiligen. Doch dieses Argument erscheint nicht stichhaltig. Selbst wenn nur die westlichen Industrienationen ihre Flugzeuge nicht mehr in einem solchen Staat landen lassen und dessen Flugzeugen die Landung auf ihren Flughäfen verwehren würden, wäre dies sicherlich nicht ohne Wirkung. Außerdem haben inzwischen nahezu alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und sogar die PLO - mindestens verbal - Terroraktionen dieser Art verurteilt. Sie sollten nachdrücklich beim Wort genommen werden! Dies hat auch deswegen eine gewisse Aussicht auf Erfolg, weil die Geiselnahmen selbst unter Kriegführenden, als welche sich die Terroristen gern bezeichnen, nach Artikel 34 des IV. Genfer Abkommens zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten verboten sind. Diese Geiselnahmen sind also nicht nur aufgrund des Strafrechts aller zivilisierten Staaten dieser Erde Verbrechen, sie verstoßen, wenn man sich auf den Rechtsstandpunkt der Terroristen stellt, gegen Kriegsvölkerrecht und wären damit völkerrechtswidrige Kriegsverbrechen.

Allerdings besteht nur eine Chance für den Abschluß und möglichst zahlreiche Ratifikationen einer derartigen internationalen Konvention, wenn eine Definition für den Begriff Terrorakt gefunden wird, die eine weitgehende Übereinstimmung der UNO-Mitgliedstaaten ermöglicht. Es sollte deshalb nicht versucht werden, Aktionen einzubeziehen, bei denen, sowohl was den Ort der Tat als auch was die Täter sowie etwaige Geiseln und Adressaten von Forderungen betrifft, die im Zusammenhang mit einer Geiselnahme erhoben werden, nur ein Staat involviert ist. Die Grenzziehung zwischen einem kriminellen Terroristen und einem Widerstandskämpfer kann nämlich im Einzelfall durchaus schwierig sein. Entsprechendes gilt auch für Terrorakte in Spannungsgebieten, in denen die Übergänge zu dem, was als nationaler Befreiungskampf bezeichnet wird, fließend sind. Nach dem Ziel der Aktion - militärische Anlagen als nationaler Befreiungskampf, dagegen Bombe im Supermarkt als Terrorakt - zu differenzieren, ist zwar sachlich richtig, würde aber wohl für eine internationale Vereinbarung zu kompliziert sein. Die Fälle, in denen solche Auseinandersetzungen in Drittstaaten getragen werden, sind dagegen klar abgrenzbar.

Schließlich könnte Gegenstand eines solchen internationalen Abkommens auch die Vereinbarung von Mindeststandards für die Sicherheitsüberprüfung auf Flughäfen sein, für deren Einhaltung sowohl der Staat, auf dessen Territorium sich der Flughafen befindet, als auch der Staat, in dem das Luftfahrtunternehmen beheimatet ist, verantwortlich zu machen wären. Daß es auf diesem Gebiet sehr unterschiedliche Regelungen gibt, hat die Entführung eines Flugzeuges der Air France durch Luftpiraten, die auf dem Flughafen Athen zugestiegen waren, wieder einmal gezeigt. Wir dürfen jedoch vor all diesen Schwierigkeiten und Problemen nicht kapitulieren. Der internationale Terrorismus muß wie eine Seuche bekämpft werden; durch vermehrte Anstrengungen in jedem einzelnen Staat, aber auch durch kollektive Maßnahmen der Völkergemeinschaft.

(-/13.7.1976/kr/e/pr)

+ + +

Dr. Kohl startet ein "Volksfront"-Gezeter

Ein letzter Versuch, um den "Freiheit"-Slogan zu retten

Das war nicht anders zu erwarten: CDU-Kanzlerkandidat Dr. Helmut Kohl hat zur Jagd auf die "Volksfrontler" an bundesdeutschen Universitäten geblasen, um einen erneuten Versuch zu unternehmen, den abgebläbten Ladenhüter "Freiheit statt Sozialismus" noch einmal aufzupolieren. Da wurde darüber gezetert und gejammert, daß Jungsozialisten-Hochschulgruppen mit Kommunisten an den Hochschulen zusammenarbeiten, aber keine Koalitionen mit dem christdemokratischen RCDS eingehen. Kohl findet es "gespenstisch", daß der RCDS aus der Verantwortung ausgeschlossen werde.

Gespenstisch war es in der Tat, wie Dr. Helmut Kohl den "Volksfront"-Taufel an die Wand malte und versuchte, den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt und Bundeskanzler Helmut Schmidt gemeinsam dafür verantwortlich zu machen, daß die armen RCDS-ler nicht das Sagen an den Universitäten haben. Dr. Kohl will oder kann wahrscheinlich nicht zur Kenntnis nehmen, daß seine ohnehin mit der Lupe zu suchenden Fans an den Universitäten eine Politik betreiben, die bei der großen Mehrheit der Studierenden keinen Anklang findet. Dr. Kohl wird auch nicht nach den Ursachen fragen oder gar verstehen können, daß es auf dem Universitätscampus eine erhebliche Linksverschiebung gegenüber der Gesamtbevölkerung gibt. Er wird auch nicht begreifen können, daß Jungsozialisten und Sozialdemokraten nicht gleich die Gremien der Universitäten verlassen, wenn ein Kommunist dort Platz nimmt. Hierüber nachzudenken, das pasat eben nicht in die Verteufelungsstrategie, mit der die CDU für den 3. Oktober auf Stimmenfang gehen will.

Sozialdemokraten wissen, welche Verantwortung sie gegenüber der jungen Generation, und gerade auch gegenüber der studentischen Generation haben. Da bedarf es keiner großmüßigen Belehrung seitens des CDU-Vorsitzenden. Sozialdemokraten waren es, die Ende der 60er Jahre während der Studentenrevolte eine kritische und zum Teil auch politisch verirrte Generation wieder in den Staat und für den Staat integriert hatten, während CDU und CSU immerweiter zur großen Hatz auf "radikale" Jugendliche aufgerufen hatten. Und Juso-Hochschulgruppen waren es in den vergangenen Jahren und Monaten, die den kommunistischen Einfluß in der Studentenschaft entscheidend zurückgedrängt haben, der sich trotz, nein: wegen der reaktionären Politik des RCDS und vieler Unions-Politiker in der Vergangenheit an den Universitäten breitmachen konnte.

Mit einem "Volksfront"-Gezeter à la Kohl ist niemandem geholfen. Das lenkt lediglich von den Problemen ab, die die junge Generation wirklich beschäftigen und die bewältigt werden müssen. Dr. Kohl hat wieder einmal ein Scheingefecht eröffnet, das sich sehr bald als Windei entlarven wird. Der Kanzlerkandidat der Union hat mit seiner "Offensive" gegen "Volksfront-Tendenzen" im studentischen Bereich jene Juso-Hochschulgruppen bestätigt, die im Wahlkampf folgenden Bibelspruch auf die CDU angewendet wissen wollen: "Sehet, ihr seid nichts, und euer Tun ist nichts, und euch erwählen ist ein Grauel".

Gode Jeps  
(-/13.7.1976/va/e/pr)

+ + +

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die CSU-Gehaltsakte Dr. Franz Heubl IV

Arno Werner

5486 Oberwinter, den 6.4.1976

Herrn  
Bundesminister a.D.  
Dr. Franz-Josef Strauß  
8093 Rott am Inn

Sehr geehrter Herr Dr. Strauß !

Eine leidige Angelegenheit veranlaßt mich zu diesem Brief. Ich möchte schnell und unmißverständlich verhindern helfen, daß politische Gegner - selbst wenn sie sich als Freunde gerieren - Kapital daraus schlagen. Es geht um eine Unterstellung, nach der ich im Auftrage von Herrn Staatsminister Dr. Heubl Artikel lanciere, die der Partei und ihrer Spitze schaden. In diesem Zusammenhang wurde behauptet, daß es in Ihrem Büro eine Visitenkarte des Redakteurs Neumann von den Lübecker Nachrichten gäbe mit der Anschrift "Lieber Arno", angeheftet an einen Artikel mit unfreundlicher Tendenz Ihnen gegenüber. Da ich mit dem betreffenden Redakteur bisher keinen Kontakt gehabt habe, bin ich der Sache nachgegangen. Dabei erfuhr ich, daß es sich um eine Visitenkarte von Herrn ROddiger Altmann handeln soll.

Für mich ist es vorerst unerheblich - persönlich wie rechtlich - auf welchem Wege eine Korrespondenz - denn um eine solche handelt es sich auch bei einer Visitenkarte mit Text - in die Hände von Dritten geraten kann. Umsomehr bin ich aber daran interessiert zu verhindern, daß hier politisch Porzellan zer-schlagen wird. Sollte der oben angeführte Tatbestand zutreffen, so möchte ich unmißverständlich erklären, daß ich in den Vorweihnachtstagen 1971 von Herrn Altmann im Bundeshaus-Restaurant auf einen von ihm Anfang Dezember geschriebenen Artikel im Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt angesprochen wurde. Da ich den Artikel nicht kannte, bat ich ihn um Übersendung. Er schickte ihn mir mit angehefteter Visitenkarte und der Anschrift "Lieber Arno" zu. Das allein ist der Tatbestand. Wer jetzt noch mehr hineininterpretieren will, vergiftet mutwillig, zumindest aber fahrlässig die Atmosphäre und ich bin der Meinung, daß wir uns das gerade in diesen politisch angespannten Wochen im gemeinsamen Interesse nicht leisten dürften. Sie wissen, sehr geehrter Herr Dr. Strauß, genauso gut wie ich, daß es nicht immer die politischen Gegner allein sind, die parteiinterne Spannungen schüren.

Im Übrigen: Ich bin unabhängig genug und werde das auch bleiben, nicht zuletzt, weil Loyalität, Anstand und Aufrichtigkeit keine leeren Begriffe für mich sind. Und muß ich in diesem Zusammenhang wirklich daran erinnern, daß es Ihr damaliger Persönlicher Referent Marcel Hepp war, der unser erstes Kontaktgespräch in Oldenburg während des niedersächsischen Wahlkampfes zustande gebracht hat?

Da ich schon einmal diesen Brief schreibe, gestatten Sie dem Journalisten Werner noch eine persönliche Bitte. Wenn es Ihre Zeit erlaubt, würde ich mich gerne mit Ihnen in einem persönlichen Gespräch einmal über die Öffentlichkeitsarbeit der Union unterhalten. Als Major der Reserve bin ich außerdem sehr stark mit BSV-Angelegenheiten befaßt. Auch aus dieser Tatsache darf ich hoffen, daß es ein nützliches Gespräch werden kann.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr

Ihnen ergebener

22. In diese Linie paßt auch der 'Spiegel'-Artikel vom Herbst 1971, Ausgabe Nr. 48, 'Warten, ob der Bube sticht', in dem es wörtlich heißt: 'Kritik am starren Anti-Reform-Kurs des CSU-Vorsitzenden wird neuerdings sogar

in der bislang immer streng Strauß-hürigen Bayern-Union laut. Der CSU-Vize, Bayerns Bonn-Botschafter Franz Heubl, fürchtet, sein Parteiführer sei auf dem besten Weg, die christliche Einheitsfront zu sprengen.

Im internen Münchner Parteizirkel warnte der Stellvertreter vor der Taktik seines Vorsitzenden, die optisch wichtige gemeinsame Kandidaten-Kür hinauszuzögern.' (Siehe Anlage)

23. Am 25.1.72 brachte 'Die Welt' ein H.-Porträt unter dem Titel 'Senkrechtstarter auf dem Bildschirm' von Walter Spiegel (siehe Anlage). Strauß nahm dieses Porträt zum Anlaß des in Ablichtung beigelegten Briefes vom 28.1.72, der H. erst veranlaßte am 1.2.72 den als Anlage beigelegten Leserbrief an 'Die Welt' zu senden und unter dem gleichen Datum sich brieflich an Strauß zu wenden (siehe Anlage).

Dr.h.c. Franz Josef Strauß  
Landesvorsitzender der CSU  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Bonn, 28. Januar 1972

Herrn  
Staatsminister  
Dr. Franz Heubl  
5300 Bonn  
Schlegelstraße 1

Lieber Franz Heubl !

Dienstagmorgen bin ich von mehreren Seiten auf einen Artikel in der 'Welt' angesprochen worden, der die Überschrift trägt: 'Senkrechtstarter auf dem Bildschirm.'

Ich habe dann diesen Artikel mit Aufmerksamkeit gelesen und bin über diese Bereicherung meines politischen Wissensstandes und Horizontes sehr froh. Offensichtlich geht dieser Artikel auf ein Gespräch zurück, das der aus Hamburg herbeigeeilte Redakteur und Direktionsassistent Walter Spiegel mit Dir geführt hat. Ich sehe von Nebensächlichkeiten ab, daß es zum Beispiel in München keinen ersten Parteisekretär gibt, wenn man nicht den Geschäftsführer des Bezirksverbandes München darunter versteht, sondern einen Bezirksvorsitzenden, der Du nach meiner Erinnerung einige Jahre gewesen bist.

Neu ist mir, daß Du auf dem politischen Karussell an den Rand geraten und nach Bonn katapultiert worden bist. Bisher hatte ich geglaubt, daß Du bei der Kabinettabildung 1962 Dich mit großem Nachdruck und mit meiner Hilfe bemüht hast, den Platz von Claus Leusener im Kabinetttarag eines Staatsministers einzunehmen. Es sei nur nebenbei erwähnt, daß es in Bayern kein Kabinett Erhard, sondern ein Kabinett Ehard gab, dem Du auf eigenen Wunsch als Staatssekretär bei gleichzeitiger Führung der Landtagsfraktion angehört hast.

Es ist wohl auch nur ein Druckfehler, daß in diesem Artikel von Claus Leusener als Bevollmächtigtem Bayerns die Rede ist. Jedenfalls eine besondere Vertrautheit mit den bayerischen Verhältnissen spricht nicht daraus.

Ich verstehe aber wirklich nicht, inwiefern die von Dir gewünschte Ernennung zum Staatsminister für Bundesangelegenheiten Scheitelpunkt, aber auch abrupter Stopp einer Blitzkarriere war, die jetzt laut Überschrift offensichtlich auch mit Hilfe des Artikels fortgesetzt werden soll. Es ist jedenfalls schlechthin unzutreffend, daß es nicht Dein Wunsch gewesen ist, Bayerischer Bevollmächtigter in Bonn zu werden, sondern daß andere das gewollt hätten. Ich habe noch die streitbare Unterredung mit Alfons Goppel in genauer Erinnerung, in der ich ihn mit größtem Nachdruck gebeten habe, Dich zum Staatsminister für Bundesangelegenheiten zu machen. Ich habe Dir nach dieser Unterredung ausführlich berichtet. Jedenfalls bist Du heute über die Übernahme dieser Aufgabe recht dankbar, weil sie Dir offensichtlich die fruchtbare Distanz ermöglicht hat, mit der Du Bayern richtig beurteilen kannst. Nur wer 'die Re-

lativität in Rechnung zu setzen' vermag, wer also diese höhere Warte der Einsicht und Beurteilungsfähigkeit erreicht hat, ist in der Lage, seine altbayerischen Landaleute richtig zu charakterisieren. Es ist wirklich schade, daß nicht alle vom Schicksal die Gnade erhalten haben, diese Distanz einzunehmen. Offensichtlich war es auch uns verwehrt, obwohl wir schon länger in Bonn sind, als Du es bist und obwohl unsere Anwesenheit in Bonn im Jahresdurchschnitt mindestens genausoviel Tage umfaßt wie bei Dir. Bei Dir macht es eben offensichtlich die Qualität der Urteilsfähigkeit und nicht nur die Quantität der Anwesenheit. So haben die Altbayern nunmehr das Glück von ihrem Vertreter in Bonn, der selbstverständlich auch die übrigen bayerischen Stämme zu vertreten hat, eine besonders farbenfrohe und plastische Beurteilung zu erhalten. Diese Analyse des Charakters der Altbayern ist eine wertvolle Bereicherung, als nunmehr das große Spektrum der Charakterologie von Ludwig Ganghofer bis Franz Heubl reicht.

So sind wir Altbayern denn recht dankbar, daß wir aus zuständigem Munde einen Stammesgenossen, der aber trotzdem durch seine Verbannung nach Bonn, um den Preis eines abrupten Stopps seiner Blitzkarriere, die Fähigkeit eines weisen und abgeklärten Urteils aus fruchtbarer Distanz sozusagen als Ausgleichsleistung des Schicksals erfahren hat, Hintergründiges über uns selbst hören können. Mich freut es, in Zukunft meinen altbayerischen Landaleuten eine kompetente Quelle und eine wertvolle Hilfe für ihre Selbsteinschätzung nennen zu können. Die Altbayern sind 'vital, brutal, sentimental'. Die Altbayern sind außerdem sensibel und empfindlich. Bei so vielen Eigenschaften bleibt selbstverständlich kein Raum mehr für die Zuerkennung anderer Prädikate. Wahrscheinlich sind sie auch im Gegensatz zu anderen bayerischen Stämmen weniger intelligent, weniger ehrlich, weniger redlich, höchstens etwas zu geradeaus und unmittelbar. Diese ungeschliffenen Seiten des bayerischen Wesens sind natürlich einem allmählich verlorengegangen, der aufgrund seiner politischen Berufung dem altbayerischen Milieu entrückt, die einmalige Chance hatte, die Gabe der Weltoffenheit und des diplomatischen Benimmes zu erwerben. Insofern muß ich es denn doch verschmerzen, daß Du für Dich die altbayerischen Adjektive nicht in Anspruch nimmst, was Dich aber sicherlich nicht zur Ausstoßung aus dem Kreise der Altbayern verurteilt.

Ich war jedenfalls sehr beruhigt, die Bestätigung zu lesen, daß diese einem Altbayern zukommenden Eigenschaften auf mich in vollem Umfange zutreffen, was Du mit der Formulierung 'ganz sicher' mir ausdrücklich testiert hast. Trotz dieser Freude, als reiner Altbayer anerkannt zu sein, und trotz meinem Bedauern, daß Du in Deiner Selbstlosigkeit Dir nicht mehr die altbayerischen Eigenschaften zuzuschreiben unterfangst, bin ich natürlich etwas betrübt darüber, daß nach 'Spiegel' und 'Stern' nun ein zuständiger, aber durch fruchtbare Distanz urteilssicher gewordener Altbayer, mir die brutale Komponente zuerkennt. Bisher war nämlich die brutale Komponente ein besonderes Requisite im Arsenal der psychologischen Kriegsführung der Hamburger Kumpanei und ihrer Komplizen gegen mich.

Seit ich aber jetzt weiß, daß Du als treuer Freund und aus purem Wohlwollen, sozusagen um mein Image aufzubessern, mir diese Komponente bestätigst, muß ich allmählich auch den für einen harmlosen Altbayern nicht geeigneten häßlichen Aberglauben aufgeben, daß von 'Spiegel' und 'Stern' und dergleichen diese Behauptung bisher mit negativer Zielsetzung und aus häßlicher Motivierung erhoben worden ist.

(-/137/-/vo/pr)

(V. Fortsetzung am 14. Juli 1976)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Praller